

N I E D E R S C H R I F T

zum öffentlichen Teil

der 32. Sitzung des Ausschusses für Soziales und Wohnen (SW/032/2022)

am Dienstag, 1. Februar 2022,

16:00 Uhr

**im Neuen Rathaus, Festsaal,
Rathausplatz 1, 01067 Dresden**

Beginn der Sitzung: 16:00 Uhr
Ende der Sitzung: 19:35 Uhr

Anwesend:

Stellvertretende/-r Vorsitzende/-r

Dr. Kristin Klaudia Kaufmann

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Tanja Schewe

Tina Siebeneicher

CDU-Fraktion

Ingo Flemming

Manuela Graul

Fraktion DIE LINKE.

Pia Barkow

Christopher Colditz

Leo Lentz

Fraktion Alternative für Deutschland

Falk Breuer

Monika Marschner

Uwe Vetterlein

SPD-Fraktion

Vincent Drews

FDP-Fraktion

Christoph Blödner

Dissidenten-Fraktion

Michael Schmelich

Stellvertretende Mitglieder

Jens Genschmar

Nils Kröber

Peter Krüger

Vertretung für Herrn Torsten Nitzsche
Vertretung für Herrn Dr. Wolfgang Deppe
Vertretung für Frau Daniela Walter
bis 18:05 Uhr

Abwesend:**Fraktion Bündnis 90/Die Grünen**

Dr. Wolfgang Deppe

CDU-Fraktion

Daniela Walter

Fraktion Freie Wähler Dresden

Torsten Nitzsche

Verwaltung:

Frau Dr. Cordts

Herr Schäfer

Herr Knappe

Frau Scharf

Amtsleiterin Sozialamt

Sozialamt

Sozialamt

Beauftragte für Menschen mit Behinderungen/Senioren

Gäste:

Herr Dr. Müller

Herr Prof. Dr. Wegge

Frau Prof. Dr. Marquardt

Herr Prof. Dr. Seidler

Frau Dr. Osiander

Herr Fücker

Technische Universität Dresden

Technische Universität Dresden

Technische Universität Dresden

Schriftführerin:

Frau Mildner

Sachgebiet Stadtratsangelegenheiten

T A G E S O R D N U N G

öffentlich

- | | | |
|---|--|----------------------------------|
| 1 | Studie „Lebenslagen 60+ – Bericht zur Lebenssituation von Dresdnerinnen und Dresdnern ab 60 Jahren (LAB60+)“ | |
| 2 | Förderung von Projekten mit modellhaftem Charakter auf Basis der Fachförderrichtlinie Sozialamt zur Stärkung sozialräumlicher und gemeinwesenorientierter Vernetzung vorhandener Angebote im Rahmen der Umsetzung des Beschlusses V1005/21 (Umverteilung von Haushaltsmitteln - Innovationsbudget; vgl. Punkt 3.b) zweiter Anstrich) | V1343/21
beschließend |

nicht öffentlich

- | | | |
|-----|--|--|
| 3 | Beratende Vorlagen und Anträge | |
| 3.1 | Einrichtung einer „Nachtbürgermeisterin“ bzw. eines „Nachtbürgermeisters“ | A0247/21
beratend |
| 3.2 | Energiepreisexplosion entgegensteuern – Heizen darf nicht zu Armut führen | A0297/21
beratend
(federführend) |
| 4 | 1. Lesung Vorlagen und Anträge | |
| 4.1 | Aktive Maßnahmen zur Verhinderung von Energiearmut in einkommensschwachen Privathaushalten | A0303/21
1. Lesung
(federführend) |
| 4.2 | Entwicklungskonzeption für den Stadtbezirk Neustadt | A0307/22
1. Lesung
(federführend) |
| 5 | Berichterstattung zur Migrationssozialarbeit | |
| 6 | Informationen/Sonstiges | |
| 6.1 | Aktueller Sachstand Asyl | |
| 6.2 | Sonstiges | |

öffentlich

Einleitung:

Frau Bürgermeisterin Dr. Kaufmann stellt die form- und fristgerechte Ladung und die Beschlussfähigkeit des Gremiums fest.

Zur Frage von **Herrn Stadtrat Drews** zur Behandlung des Antrages A0252/21, geht **Frau Bürgermeisterin Dr. Kaufmann** davon aus, dass die Behandlung des Antrages in einer der nächsten Ausschusssitzungen stattfinden werde.

Es gibt keine weiteren Anmerkungen zur Tagesordnung, sodann eröffnet und leitet **Frau Bürgermeisterin Dr. Kaufmann** die Ausschusssitzung.

1 Studie „Lebenslagen 60+ – Bericht zur Lebenssituation von Dresdnerinnen und Dresdenern ab 60 Jahren (LAB60+)“

Herr Prof. Seidler, Herr Prof. Wegge und **Frau Prof. Marquardt** stellen sich dem Gremium vor und referieren mittels einer Präsentation über die Studie. Diese Präsentation ist der Niederschrift als Anlage beigefügt.

Herr Stadtrat Blödner fragt nach der Definition der in der Studie genannten soziale Schichten.

Herr Stadtrat Schmelich spricht die Thematik Einsamkeit an und fragt, in welchen Lebens- und Wohnraumsituationen sich die Befragten befunden hätten.

Herr Stadtrat Drews interessiert sich für die Bewertung bezüglich des Anteiles armutsgefährdeter Ältere in Dresden und für das Thema Umzugswünsche in kleinere Wohnungen.

Der Dresdner Anteil armutsgefährdeter Ältere sei repräsentativ und orientiere sich am sächsischen Durchschnittseinkommen, so **Herr Prof. Dr. Seidler**. Die in der Studie genannte soziale Schicht wurde ausschließlich unter den Gesichtspunkten Bildung und Einkommen berechnet.

Herr Prof. Dr. Wegge erläutert die Schwierigkeit, eine Auswertung der Daten hinsichtlich des Berufes der Befragten vorzunehmen. Ähnlich verhalte es sich mit dem Thema Einsamkeit, hier spielen spezifische Faktoren eines jeden einzelnen Menschen eine Rolle. Man stehe derzeit am Anfang der Datenauswertung und man habe Möglichkeiten, verschiedene Aspekte genauer zu untersuchen, so Herr Prof. Dr. Wegge.

Auf Nachfrage von **Herrn Stadtrat Schmelich** zu vorhandenen Daten zum Thema Einsamkeit stellt **Herr Prof. Wegge** klar, dass die Daten zwar erhoben, aber noch nicht abschließend ausgewertet worden seien.

Ergänzend weist **Herr Prof. Dr. Seidler** auf verschiedene Einflussfaktoren für eine subjektiv empfundene Einsamkeit hin.

Es seien Menschen befragt worden, die in der eigenen Häuslichkeit oder im betreuten Wohnen leben, so **Frau Prof. Dr. Marquardt**. Im Weiteren geht sie auf die angegebenen Umzugswünsche der Befragten ein.

Frau Stadträtin Barkow interessiert sich für den Zusammenhang zwischen dem körperlichen Gesundheitszustand und der Wohngegend und für einen Vergleich zu anderen Gegenden. Seien neben der Wohnberatungsstelle auch andere Beratungsstellen bei den Befragten unbekannt? Würden Daten vorliegen, ob Bewegungs- und Sportangebote wahrgenommen worden und wenn ja, bei welchen Trägern?

Herr Stadtrat Flemming spricht die Auslastung der Dresdner Pflegeheime vor und während der Corona-Pandemie an.

Herr Stadtrat Breuer interessiert sich für die Unterscheidung der unterschiedlichen Gruppen in Bezug auf die Rücklaufquote.

Zur Thematik körperliche Gesundheit seien Unterschiede zwischen den Stadtbezirken erkennbar, antwortet **Herr Prof. Dr. Seidler** und stellt die verschiedenen Einflussfaktoren dar. Aus anderen Befragungen sei erkennbar, dass die Corona-Pandemie Einfluss auf die psychische Gesundheit gehabt habe.

Herr Prof. Dr. Wegge berichtet über die Auswertung der zurückgesandten Fragebögen. Die Daten seien im Hinblick auf Geschlecht, Altersverteilung und Stadtbezirke repräsentativ.

Die Auslastung der Pflegeheime vor und während der Corona-Pandemie sei nicht wesentlich verändert, so **Frau Prof. Dr. Marquardt**. Zur Fragestellung nach den Beratungsangeboten sei festzustellen, dass die ambulanten Pflegedienste diese Thematik nicht gut umsetzen können, u. a., weil hierzu kein gesondertes Budget und zur Verfügung stehe und keine gesetzliche Verantwortung gegeben sei. Eine gute Vernetzung mit den ambulanten Pflegediensten sei als Ergebnis der Befragung wünschenswert. Über ein Drittel der Befragten habe angegeben, bewusst keine Seniorenberatungsstellen in Anspruch nehmen zu wollen. Lediglich drei Prozent der Befragten habe angegeben, sich über kulturelle und soziale Angebote der Stadt Dresden zu informieren. Eine bessere Öffentlichkeitsarbeit zum Zugang zu Seniorenberatungsstellen sei eine Handlungsempfehlung.

Herr Prof. Dr. Wegge weist auf die konkreten Fragen zur Thematik Beratungsstellen im Fragebogen hin.

Herr Dr. Müller interessiert sich für die Auswertung der Befragung, insbesondere zur Wohnberatungsstelle. Er regt hierzu einen Vergleich mit ähnlichen Daten von der Stadt Leipzig an. Habe man auch Gemeinschaftswohnformen außerhalb von Heimen erfasst? Ferner erkundigt sich Herr Dr. Müller, ob Schwachstellen in der Seniorenarbeit erkennbar seien.

Der Anteil der modernen gemeinschaftlichen Wohnformen sei zu gering, antwortet **Frau Prof. Dr. Marquardt**.

Frau Bürgermeisterin Dr. Kaufmann informiert über die zentrale Wohnberatungsstelle des Sozialamtes. Sie merkt an, dass die Beratungs- und Begegnungsangebote künftig stärker in der

öffentlichen Wahrnehmung platziert werden müssten und verweist auf den Fachplan Senioren- und Altenhilfe. Für die Pflegeberatung müssten die Pflegekassen in Anspruch genommen und die Akteure hierzu stärker in Verantwortung gebracht werden. Frau Bürgermeisterin Dr. Kaufmann stellt klar, dass es nun gelte, einen Diskurs über Handlungserfordernisse und Modifikationsbedarfe und neue Schwerpunktsetzungen für eine altersgerechte und vielfältige Stadt zu führen. Es solle geschäftsbereichsübergreifend das Thema gesundes und aktives Altern in Dresden bearbeitet werden.

Herr Schäfer schließt sich den Aussagen von Frau Bürgermeisterin Dr. Kaufmann an und dankt der Technischen Universität Dresden (TUD) für die Zusammenarbeit. Er würde eine regelmäßige Fortführung der Befragung begrüßen.

Frau Bürgermeisterin Dr. Kaufmann spricht ebenfalls Dank für die intensive Zusammenarbeit mit den Akteuren der TUD aus. Nun könnten die wissenschaftlichen Erkenntnisse genutzt werden, um im Verwaltungshandeln praktische Schwerpunkte zu setzen. Sie bittet die Anwesenden, sich mit dem Bericht intensiver auseinanderzusetzen, um anschließend einzelne Schwerpunkte kompakter erörtern zu können.

Herr Stadtrat Schmelich fragt, inwieweit die Gremien des Stadtrates in weitere Prozesse involviert werden würden, worauf **Frau Bürgermeisterin Dr. Kaufmann** darauf hinweist, dass die Ergebnisse auch im Seniorenbeirat und im Beirat Gesunde Städte vorgestellt werden. Eine Überlegung sei, dass Studierende mit dem vorliegenden Datenmaterial spezifische Auswertungen durchführen könnten.

Abschließend informiert **Herr Prof. Dr. Wegge** über eine geplante Veranstaltung des Zentrums für Demografie und Diversität am 8. April 2022. Er dankt der Stadt Dresden und den Verantwortlichen für die Kooperation und weist auf verschiedene Möglichkeiten hin, in wissenschaftlichen Arbeiten durch die Neuanalyse der Daten wichtige Probleme klären zu können.

2 Förderung von Projekten mit modellhaftem Charakter auf Basis der Fachförderrichtlinie Sozialamt zur Stärkung sozialräumlicher und gemeinwesenorientierter Vernetzung vorhandener Angebote im Rahmen der Umsetzung des Beschlusses V1005/21 (Umverteilung von Haushaltsmitteln - Innovationsbudget; vgl. Punkt 3.b) zweiter Anstrich)

**V1343/21
beschließend**

Herr Schäfer geht nochmals kurz auf die Vorlage ein.

Herr Stadtrat Schmelich kritisiert die Finanzierungsgrundlage der Vorlage, insbesondere den Beschlusspunkt 3.

Frau Stadträtin Barkow stellt den als Tischvorlage ausgereichten Änderungsantrag vor. Im Verein Medinetz e. V. würden Ärztinnen und Ärzte ehrenamtlich Wohnungslose betreuen, welche schlecht an gesundheitliche Angebote angebunden seien. Zunächst gelte es, das Angebot in Dresden einzuführen und bekannt zu machen, hierfür solle der genannte finanzielle Puffer aus Position 22 der Anlage zur Vorlage genutzt werden.

Man werde dem Änderungsantrag zustimmen, so **Herr Stadtrat Krüger**. Er schließe sich der Kritik von Herrn Stadtrat Schmelich zum Beschlusspunkt 3 an. Außerdem hätte die Thematik Wohnungsanpassungsmaßnahmen für Ältere in der Vorlage Berücksichtigung finden müssen. Er bittet um Prüfung, ob dieses Projekt einbezogen werden könne.

Frau Bürgermeisterin Dr. Kaufmann stellt klar, dass der Stadtrat die fachliche Arbeit der Verwaltung gestalte und zitiert aus dem Stadtratsbeschluss der Vorlage V1005/21. Nach Abschluss eines Interessenbekundungsverfahrens seien die Projekte in der vorliegenden Vorlage V1343/21 zusammengefasst worden. Des Weiteren erläutert Frau Bürgermeisterin Dr. Kaufmann, dass der Stadtrat mittels Beschluss die Verwaltung aufgefordert habe, ein weiteres Gutachten für den Standort Trachau des Städtischen Klinikums anfertigen zu lassen. Für Wohnungsanpassungsmaßnahmen habe die Kommune in den vergangenen Jahren Geld zur Verfügung gestellt, welches durch den Geschäftsbereich Stadtentwicklung, Bau, Verkehr und Liegenschaften ausgereicht worden sei. Der Freistaat habe dieses kommunale Förderprogramm übernommen. Frau Bürgermeisterin Dr. Kaufmann weist darauf hin, dass auch die Pflegekassen Umbaumaßnahmen finanziell unterstützen würden. In Bezug auf den Beschlusspunkt 4 der hier in Rede stehenden Vorlage macht sie deutlich, dass den Forderungen nach besserer finanzieller Unterstützung des Amtes für Gesundheit und Prävention Rechnung getragen wurde.

Herr Schäfer unterstreicht, dass durch den Hinweis auf die Förderrichtlinie Soziales klargestellt werde, dass freie Träger unterstützt werden können, wenn sie über den Förderaufruf ihre Konzepte einreichen. Dies gelte zunächst für das Haushaltsjahr 2022.

Nach Meinung von **Herrn Stadtrat Schmelich** müsste zur im Beschlusspunkt 4 genannten Thematik eine gesonderte Vorlage erarbeitet werden. Er begrüße den Änderungsantrag grundsätzlich, moniert jedoch die vorgeschlagene Finanzierung. Herr Stadtrat Schmelich beantragt punktweise Abstimmung aller Beschlusspunkte.

Herr Stadtrat Blödner hinterfragt den Finanzierungsvorschlag des Änderungsantrages aus dem in der Position 22 der Anlage 1 zur Vorlage enthaltenen Puffer.

So solle die im Änderungsantrag genannte Finanzierung nicht interpretiert werden, macht **Frau Bürgermeister Dr. Kaufmann** deutlich und weist darauf hin, dass die in der Vorlage genannte Fördersumme der Antragsumme der Träger entspreche und lediglich ein Puffer geschaffen wurde, falls ein Projekt teurer werden sollte. Es hätten sich im Rahmen des Interessenbekundungsverfahrens weniger Akteure mit aufrufrelevanten Inhalten gemeldet, insofern sei die in Position 22 genannte Summe unverbrauchtes Geld.

Auf Nachfrage von **Herrn Stadtrat Breuer** erläutert **Frau Stadträtin Barkow** die Aufgaben des Medinetz e. V., gibt Auskunft, welche Zielgruppen erreicht werden sollten und weist auf bundesweite Studien hin, wonach die gesundheitliche Versorgung von Wohnungslosen extrem schlecht sei.

Herr Stadtrat Blödner möchte wissen, ob der Verein Medinetz e. V. bereits ein Budget habe, welches lediglich aufgestockt werden solle.

Der Verein existiere bereits und nun sei es Ziel, das Projekt anzusiedeln, so **Frau Stadträtin Barkow**. Ehrenamtliche Leistungen von Ärztinnen und Ärzten gebe es bereits in Dresden, jedoch solle es nun nach dem Vorbild anderer Städte etabliert werden.

Frau Stadträtin Dr. Osiander hinterfragt die Berechnung und die damit ihrer Meinung nach Kürzung der beantragten Mittel der Träger durch das Sozialamt für das Haushaltsjahr 2022, konkret des in Position 9 der Anlage 1 zur Vorlage genannten Trägers. Sie schildert ihre Bedenken, wenn nun aufgrund des Änderungsantrages die in der Position 22 hinterlegten Finanzmittel gekürzt würden. Alternativ schlägt sie vor, die Finanzierung der Gutachten zu kürzen.

Zur Finanzierung der Gutachten könne **Herr Schäfer** keine Auskunft geben. Er macht deutlich, dass mit einer zügigen Beschlussfassung der hier vorliegenden Vorlage die Gelder an die Träger zeitnah ausgereicht werden könnten. Sobald die Beschlussfassung erfolgt sei, werde mit den Trägern die konzeptionelle Schärfe nachgebessert.

Es gibt keine weiteren Wortmeldungen, **Frau Bürgermeisterin Dr. Kaufmann** bringt zunächst den Änderungsantrag punktweise zur Abstimmung:

1. Es wird ein weiterer Punkt angefügt: „15.000 Euro werden der Geschäftsbereichsleitung zur Verfügung gestellt, um in geeigneter Weise den Verein Medinetz e. V. in seiner Arbeit bei der Vermittlung medizinischer Dienste für Menschen mit besonderen Zugangshindernissen zu fördern.“

Abstimmung: Zustimmung
Ja 12 Nein 3 Enthaltung 1

2. Die in der Anlage 1 Position 22 aufgeführte Summe wird um 15.000 Euro reduziert.

Abstimmung: Zustimmung
Ja 11 Nein 4 Enthaltung 1

Anschließend folgt die punktweise Abstimmung über den Beschlussvorschlag der Verwaltung.

Beschlussvorschlag:

1. Zur Förderung von Projekten mit modellhaftem Charakter auf Basis der Fachförderrichtlinie Sozialamt zur Stärkung sozialräumlicher und gemeinwesenorientierter Vernetzung vorhandener Angebote werden im Haushaltsjahr 2022 Mittel in Höhe von 639.000,00 EUR gemäß Anlage 1 ausgereicht.

Abstimmung: Zustimmung
Ja 12 Nein 0 Enthaltung 4

2. Die in der Anlage 1 der Vorlage V1343/21 genannten Projekte (Ziffern 1 bis 22) sind untereinander deckungsfähig

Abstimmung: Zustimmung
Ja 11 Nein 3 Enthaltung 2

3. 100.000,00 EUR werden der Geschäftsbereichsleitung Arbeit, Soziales, Gesundheit und Wohnen für die Durchführung eines Gutachtens zur „Untersuchung der Geeignetheit, Erforderlichkeit und Angemessenheit stationärer medizinischer Versorgung in Trachau“ (gem. V0817/21 „Medizinstrategische und bauliche Entwicklung des Städtischen Klinikums Dresden“) im Haushaltsjahr 2022 zur Verfügung gestellt (Produktnummer 10.100.11.1.2.15).

Abstimmung: Zustimmung
Ja 12 Nein 1 Enthaltung 4

4. 161.000,00 EUR werden im Haushaltsjahr 2022 dem Amt für Gesundheit und Prävention zur Deckung von Mehrbedarfen zur Verfügung gestellt. Zur Vermeidung von Angebotskürzungen in Beratungsstellen, welche im Rahmen der Richtlinie der Landeshauptstadt Dresden über die Gewährung von Zuwendungen für freie Träger der Wohlfahrtspflege im Bereich Psychiatrie und Suchthilfe gefördert werden, werden die Mittel auf das Produkt „Gesundheitspflege“ (Produktnummer 10.100.41.4.0.01) übertragen.

Abstimmung: Zustimmung
Ja 11 Nein 3 Enthaltung 2

Abstimmungsergebnis:

punktweise Zustimmung mit Ergänzung

Dr. Kristin Klaudia Kaufmann
Vorsitzende

Kathleen Mildner
Schriftführerin

Pia Barkow
Stadträtin

Manuela Graul
Stadträtin